



PDS stimmt mit der CDU?! 2

Kein Paradox, es geht um die Sache

Krise in der PDS? 3

Stellungnahme des Bezirksvorsitzenden

Protest braucht Alternativen

Agenda sozial statt Sozialabbau und Entsolidarisierung

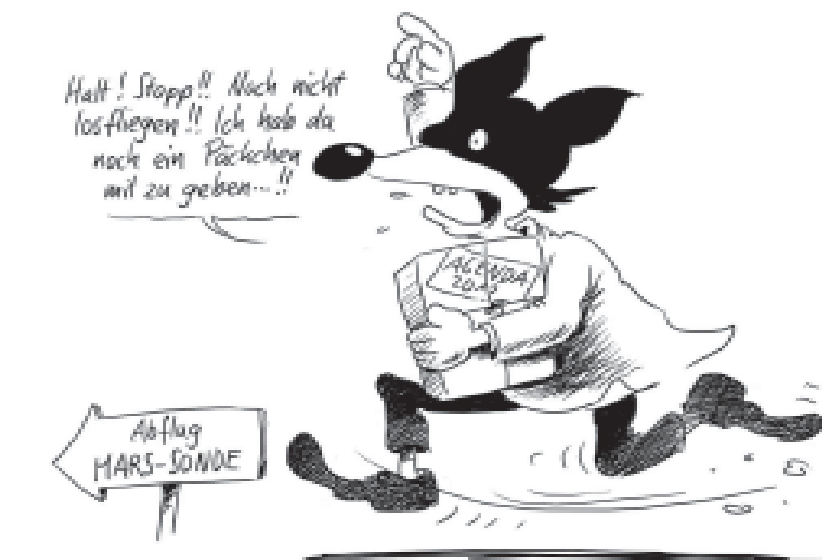
„Stagnation“, „Resignation“, „Rezession“ - die Liste der Schlagworte, die die Wirtschaftskrise (nicht nur) in Deutschland beschreiben sollen, könnte fortgesetzt werden. Eine Krise des Gesellschaftssystems, des Kapitalismus, eine Krise der begleitenden Politik oder ein Problem mangelnder Einsicht in „Notwendigkeiten“ der privat oder öffentlich abhängig Beschäftigten in unserem Land?

Die Antwort der herrschenden Politik scheint einfach: Es fehlen Aufbruchstimmung, Anreize bzw. Druck zur Arbeitsaufnahme, Gewinnaussichten für Unternehmer. Und es gibt „unmoderne“ Gewerkschaften, die mit maßlosen Forderungen die Krise auch noch verschärfen.

Die geforderten und in der „Agenda 2010“ inzwischen festgeschriebenen Instrumente der profitorientierten Wirtschaft sind die alten: Reduzierung der Staatsausgaben, Privatisierung der sozialen Risiken (Alter, Krankheit, Erwerbslosigkeit), Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt, Lohnverzicht und anderes mehr. Der „Markt“ soll und wird es schon richten, so der Tenor in den Wirtschaftsverbänden, Politik und den gleichgeschalteten Medien.

Kritiker dieser Entwicklung sind sich einig, dass diese „Agenda“ nicht geeignet ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das soll sie offenbar auch nicht, und das ist das Grundproblem.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik macht den Einsatz menschlicher Arbeitskraft zunehmend unnötig. Der Effizienz wirtschaftlicher Produktivität schadet dies nicht, im Gegenteil, sie war nie höher. In Deutschland wird heute pro Kopf drei Mal soviel produziert wie 1960. Das heißt, es ist Zeit Arbeit gerechter und sozialer zu verteilen.



Dies kommt dem Menschen zu Gute, fördert Gesundheit, Lebensqualität und sichert auf der anderen Seite Nachfrage, Konsum, stärkt also den Wirtschaftskreislauf.

Setzt sich der neoliberale *mainstream* nachhaltig durch, droht eine verstärkte Spaltung der Gesellschaft in erwerbstätige und notwendigerweise gesellschaftlich „subventionierte“ Menschen. In die, die sich die schwer erkämpften Angebote des Sozialstaates noch leisten können und jene, die angewiesen sind auf Geld und Dinge, die ihnen zugeteilt werden, weil ihnen nicht möglich gemacht wird, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Gewerkschaften, linke Parteien und Wirtschaftsfachleute protestieren seit Monaten gegen diese zutiefst unsoziale Politik. Wenn „Reformen“ heute nur noch den Abriss des Sozialstaates zum Inhalt haben, Hartz- und Rürup-Kommission zu Horror-Ka-

binetten verkommen, gilt es Alternativen sichtbar zu machen. Hier setzen Reformvorschläge der PDS an, sie liegen längst auf dem Tisch.

Der Sozialstaat ist finanzierbar, wenn alle Einkommensarten und -gruppen dazu beitragen. Die Wiedererhebung einer Vermögens- und Zinsertragssteuer würde einseitig die Bessergestellten belasten, wäre aber angesichts der sozialen Grausamkeiten bei Erwerbs- und Mittellosen nur gerecht. Arbeitgeberbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen sollten nicht mehr nach der Lohnsumme sondern nach der „Bruttowertschöpfung“ berechnet werden. Auf der anderen Seite würde eine „bedarfsorientierte soziale Grundversicherung“ dem gesellschaftlichen und technischen Entwicklungsstand in Deutschland entsprechen.

Der wahre Fortschritt ist Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Das ist der Satz, den ich am meisten liebe. Ich habe ihn auch selber geschrieben und bin stolz darauf.

Hans Schmidt (Kommunikationsmanager, gründete die Werbeagentur „GGK“, die Zeitschrift „Wiener“ und die Media-Agentur „PanMedia“, Geschäftsführer, Gesellschafter).

**Klaus Rathmann
Jürgen Schimrock**

Es geht um die Sache, nicht um irgendein Lagerdenken

Paradox? PDS stimmt mit der CDU

„Stimmt was nicht?“ fragen sich manchmal einige Bezirksverordnete, wenn die Arme nach oben gehen, wenn abgestimmt wird über Anträge, Ersuchen oder Empfehlungen in der BVV Reinickendorf. Eine berechtigte Frage, wenn die Einzelverordnete der PDS gemeinsam mit der CDU und/oder der FDP stimmt, gegen die „linke“ Seite, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Natürlich muss man/frau das erklären und man/frau kann es auch. Sie unterliegt ja (glücklicherweise?) keinem Fraktionszwang, ist, im wahrsten Sinne des Wortes, nur sich selbst und ihrem Gewissen verpflichtet. So weit, so einfach, denkt man/frau, dachte auch Renate Herranen.

So einfach ist es aber nicht. Jedenfalls nicht, wenn die eigene Partei, die PDS, im Berliner Abgeordnetenhaus und in Regierungsfunktion eben keine soziale, gerechte, kinderfreundliche Politik macht (und nach Finanzlage auch nicht machen kann, wenn man nicht gerade an dieser Lage etwas ändert), wenn also „realpolitische“ Entscheidungen in den Berliner Bezirken tiefgreifende und langfristig negative Auswirkungen auf Kitas, Schulen und

andere soziale Einrichtungen haben. Logischer Weise wehren sich die Bezirke, verabschieden Anträge, die berechtigte Sorgen der Betroffenen, unabhängig von Parteipräferenz, artikulieren.

So kommt es, dass eine Bezirksverordnete der PDS sich gemeinsam mit der CDU gegen mögliche Kitabeitrags-Erhöhen ausspricht - aus tiefster Überzeugung aussprechen muss. Geschehen ist dies (wieder einmal) während der letzten BVV-Sitzung am 14. Mai, findet (leider und ungewollt) Beifall auf der „rechten“ Seite und legt natürlich Widersprüche in der eigenen Partei offen.

Aber davon ist Renate Herranen auch überzeugt, dass Parteien wie die CDU oder FDP eine wohl noch weniger soziale und gerechte Politik im Abgeordnetenhaus umsetzen würden. Den Nachweis haben sie in den letzten Jahrzehnten hinlänglich geliefert. Sie tut sich da schwer, kämpft mit ihrem Gewissen, den GenossInnen im Abgeordnetenhaus, versucht (bisher vergeblich) rot-rote Realpolitik nachzuvollziehen.

Obsiegen wird immer ihr Engagement für die Menschen, die sie gewählt haben, für die sie politisch agiert. Auch wenn es manchmal schwer fällt – sie orientiert sich an Wahlaussagen, Parteiprogramm und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen im Bezirk und der Stadt. Bei und mit ihnen schlägt ihr Herz und so wird sie sich auch in Zukunft bei Abstimmungen inhaltlich links verhalten und „das ist auch gut so“!

Jürgen Schimrock

BVV-Splitter

17. Sitzung, 14.5.2003

Auf Antrag der PDS forderte die BVV das Bezirksamt auf, „die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes des Rundweges um den **Poloplatz** (in Frohnau) unter Nutzung aller rechtlich zulässigen und erforderlichen Schritte zu verfolgen“ (Drs. 0587/XVII). Das Wort „unverzögerlich“ wurde auf Wunsch der CDU gestrichen. In der vorausgehenden BürgerInnensprechstunde erhielt Renate Herranen für diesen Standpunkt den Beifall der Gäste. In den Ausschuss für Naturschutz und Grünplanung überwiesen wurde der Antrag von B90/Grüne, den Rundweg und die Zuwegungen in das öffentliche Wege- und Straßenregister aufzunehmen (Drs. 0566/XVII).

Aus dem Nachlass der 16. Sitzung erörterte die BVV den PDS-Antrag zur **Verkehrsberuhigung in der Namslaustraße** (Drs. 0415/XVII, s. „Wir“ 05/2003), der im Verkehrsausschuss keine Mehrheit gefunden hatte. Mit einem Änderungsantrag erreichte die PDS-Bezirksverordnete, dass das für die Sicherheit der Kinder und Familien so außerordentlich wichtige Thema noch einmal im Ausschuss behandelt wird. Zustimmung fand der SPD-Antrag, vor der Kita in der Namslaustr. 45/47 Schutzgitter anzubringen (Drs. 0583/XVII). Und was ist mit den anderen Kitas und der Schule in der Namslau- bzw. Sterkrader Straße? Der Änderungsantrag der PDS bezieht diese mit ein.

Auf die 18. Sitzung am 18.6.2003 vertagt wurde die Beantwortung der Großen Anfrage der PDS zur **Beschäftigungspolitik im Bezirk** (Drs. 0576/XVII); einfacher Grund: die Bürgermeisterin war verhindert.

K.G.

Die unmögliche Frage des Jugendstadtrates

Ja, da war es wieder – dieses unbestimmte Gefühl, wenn frau etwas tut und schon vorher weiß, dass sie es nicht Allen Recht machen kann und wird. Eine „Nachfrage“ des Jugendstadtrates Senftleben (SPD) während der letzten BVV-Sitzung provoziert eine Antwort und die will ich geben.

Ich habe in der BVV-Sitzung am 14. Mai wieder einmal mit der CDU abgestimmt. Dies war richtig, weil der Inhalt des Antrages, sich gegen eventuelle Erhöhungen der Kitagebühren auszusprechen, richtig war und ist. Ich kann und will mich nicht verbie-

gen (lassen). Wenn dies Bezirksverordneten der SPD leichter fällt als mir, kann ich es weder nachvollziehen noch ändern. Einen Spagat im Kopf kann, will und muss ich nicht hin bekommen. Dem Kreisvorsitzenden der SPD fiel in seiner Wut darüber nichts anderes ein, als mich zu fragen, ob ich jetzt in die CDU eintreten werde. Das spricht für die Beliebigkeit von Politik, für fehlendes Niveau und Verständnis für meine Person.

Der Aufnahmeantrag der CDU, der prompt auf meinem Tisch landete, wirkte wie ein schlechter Witz,

verwirrte nun aber die Verordneten der SPD mehr als mich.

Noch einmal deutlich: Soziale und gerechte Politik, dafür stehe ich. Aus welchen Überlegungen heraus die CDU in diesmal gegen ihre sonstige Linie handelte, kann ich mir zwar denken - aber ich nehme sie beim Wort. Das ändert nichts an der Auffassung, die ich von der CDU habe.

An eine Mitgliedschaft bei der CDU habe ich nie gedacht, denke ich nicht - dazu kann und wird es nicht kommen.

Renate Herranen

Mehr Infos zur Arbeit der PDS in der BVV zu finden unter www.pds-reinickendorf.de/bvv.htm



Krise in der PDS ?

Vor dem außerordentlichen Parteitag: Soziale und gerechte Politik ist gefragt

Diese Frage ist aus meiner Sicht erst einmal nur mit einem klaren „Ja“ zu beantworten. Aber eine Krise ist immer auch eine Chance, weil sie klar macht, dass man handeln muss. Um so mehr, wenn die Felder, auf denen Handlungsbedarf besteht, sich geradezu aufdrängen.

Bei einer Beurteilung dieser Krise kommt man nicht umhin, mit einer kritischen Betrachtung des Bundestagswahlkampfes 2002 zu beginnen und sich folgende Fragen zu stellen: Haben wir es in diesem Wahlkampf vermocht, den Menschen in unserem Land eigene politische Angebote aufzuzeigen? Aus meiner Sicht: „Nein“. Haben wir mit der Parole „Stoiber verhindern – Schröder wählen“ richtig argumentiert? Aus meiner Sicht: „Nein“. Haben wir damit nicht das Signal verbreitet, wir wären zwar die einzige linke Oppositionspartei, aber uns wäre jede Strategie recht, um Stoiber zu verhindern? Aus meiner Sicht: „Ja“.

Eine kritische Analyse sowie die Übernahme von Verantwortung für diese Wahlstrategie gab es bis heute nicht. Innerparteiliche Flügelkämpfe brachen wieder auf. Entsprechend war dann auch das Wahlergebnis und so genannte Reformer meldeten sich zu Wort. Das „Küchenkabinett“ drohte sogar mit Austritt aus der Partei.

Zeitgleich bereitete man sich aber auch schon auf den Bundesparteitag in Gera vor, der eine klare politische Richtungsänderung sowie die Demontage der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer bringen sollte. Die Delegierten dieses Bundesparteitages ließen sich jedoch nicht so leicht ins Bockshorn jagen und Gabi Zimmer wurde mit großer Mehrheit wieder gewählt. Es wurden sogar endlich wieder Themen wie die innerparteiliche Basisdemokratie und pro und contra zu

Regierungsbeteiligungen diskutiert. Der Begriff „Gestaltende Opposition“ wurde präzisiert. Meiner Meinung nach ging von diesem Parteitag so etwas wie ein Aufbruchsignal für eine demokratische und sozialistische Politik aus. Was dann jedoch dazu führte, dass die Genossinnen und Genossen, die mit den Entscheidungen und Beschlüssen von Gera nicht einverstanden waren, sich in die „Schmollecke“ zurückzogen und dann auch nicht mehr für den Partei-



vorstand kandidierten. Es wurde trotzdem ein Parteivorstand gewählt, der meines Erachtens gut zusammengesetzt war.

Die notwendige Ruhe zum inhaltlichen Arbeiten kehrte jedoch nicht ein und die gegenseitigen Beschimpfungen nahmen zu. Begriffe wie „linke Sektierer“ oder „SPD-Anhängsel“ machten die Runde, nicht nur innerparteilich. Man nutzte auch schon mal die Macht der Medien.

Ergebnis war unter Anderem dann auch, dass Ende April dem Parteivorstand durch den Brandenburger Landesvorsitzenden Ralf Christoffers politische Handlungsunfähigkeit vorgeworfen wurde. Christoffers verlangte die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Parteitages auf dem personelle Veränderungen

innerhalb des Parteivorstandes durchgesetzt werden müssten. Hart ging dabei der Brandenburger Landesvorsitzende auch mit den so genannten Linken, dem Parteivize Diether Dehm sowie dem Bundesgeschäftsführer Uwe Hiks, ins Gericht. Er warf ihnen vor, die Rückkehr in die politische Auseinandersetzung zu blockieren.

Anlass der Vorwürfe war die mit sieben gegen sechs Stimmen demokratisch getroffene Entscheidung des Parteivorstandes, in einer Sitzung über ein zur Debatte gestelltes Papier „Reformalternativen“ von Dieter Klein nicht zu sprechen, sondern dies erst Ende Mai zu tun. In dieser Entscheidung sah Ralf Christoffers die Absicht, sich nicht mit Politik beschäftigen zu wollen. Er muss sich aber die Frage gefallen lassen: Ging es ihm wirklich um politische Handlungsfähigkeit oder war sein Verhalten nur wieder ein erneuter Versuch, die dem linken Parteiflügel zugehörigen Hiks und Dehm loszuwerden?

Aus diesem Grund eine außerordentliche Tagung des Parteitages einberufen zu wollen erscheint mir als ein Versuch, Diether Dehm und Uwe Hiks als „Sündenböcke“ entfernen zu wollen. Das lehne ich ab. Die Hauptverantwortung für gravierende Mängel in der Arbeit des Parteivorstandes trägt zuerst die Parteivorsitzende, weshalb ich ihre Wiederwahl im Falle einer erneuten Kandidatur nicht unterstützt hätte. Auch glaube ich, dass diese Inszenierung einer Neuwahl ein Verstoß gegen innerparteiliche Demokratie ist und ein „zurück vor Gera“ zur Folge haben soll.

Den Berliner Weg, nämlich die Etablierung der Funktionärsdominanz über die Parteibasis, diesmal auf Bundesebene, lehne ich ausdrücklich ab.

Es ist nun auch für uns fünf vor zwölf, speziell vor dem Hintergrund des Sozialabbaus durch die Bundesregierung. Ich erwarte deshalb von dieser PDS, dass sie endlich aufhört, sich mit sich selbst zu beschäftigen, und das tut, wofür sie in Berlin auch gewählt wurde, nämlich eine soziale und gerechte Politik zu entwickeln und zu verfechten.

Klaus Rathmann
PDS-Bezirksvorsitzender

Mehr Infos und Debattenbeiträge unter www.pds-reinickendorf.de.

Die Außerordentliche Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am 28./29. Juni 2003 jeweils ab (voraussichtlich!) 10.00 Uhr im Tempodrom, Askanischer Platz 4, 10963 Berlin statt. Gäste sind willkommen.

Foto: Marion Lubina

Steffel gibt auf?

Unternehmer ist nun mal nicht gleich Unternehmer. Das konnten wir durch die Auseinandersetzungen in der Berliner CDU so ganz nebenbei erfahren. Mit gerümpfter Nase urteilen die alleingesessenen Unternehmer den „Teppichhändler“ aus Reinickendorf als intrigant ab. Bietet die Steffel-CDU nicht mehr die Gewähr dafür, dass sich die „Richtigen“ am Fleischtopf, sprich dem Berliner Landeshaushalt, bedienen können wie in der Vergangenheit?

Eine weitere Lehre für alle einfach Denkenden: Obwohl das Berliner Kapital die CDU, zumindest laut den Klagen des Landesschatzmeisters, finanziell austrocknen lässt, entwickelt die Partei doch einen selbstmörderischen Eigensinn. Denn, obwohl zurück getreten, der Sieger am Ende ist - Frank Steffel. Sowohl der neue Fraktionsvorsitzende Zimmer als auch der neue Landesvorsitzende Zeller sind erkennbar von seinen Gnaden. So wird die CDU in Berlin zu keiner ernsthaften und glaubwürdigen Oppositionspartei – zum Schaden der Demokratie.

Die Seilschaft ist tot – es lebe die Seilschaft.

Robert Scholz

Termine

21. Juni 2003, 14.00 Uhr, „Roter Laden“, Was wir vom Sonderparteitag der PDS erwarten“, Gespräch mit Cornelia Hildebrandt, Westberliner Delegierte zum 8. Parteitag, Öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf

14.6., ab 10.00 Uhr, Alt-Stralau 1-2, ND live - Pressefest des „Neuen Deutschland“, spannende Debatten mit Lothar Bisky, Sabine Kebir, Peter Strieder, Volker Ratzmann, Marianne Linke u.a., Lesungen mit Angelika Domröse, Wladimir Kammer, Friedrich Schorlemmer u.a., Andrej Hermlin & Swing Dance Orchestra spielen, Barbara Thalheim singt, „Bombenstimmung“ mit der „Diestel“, buntes Marktreiben

28.6., ab 11.55 Uhr, Schlosshof Oranienburg, „Zukunft Mensch“, Benefiz zugunsten notleidender Kinder aus Krisenregionen mit Künstlerinnen und Künstlern aus Berlin/ Brandenburg, unterstützt von der PDS Reinickendorf



Foto:

Foto: Carlos Katins

Wir lassen uns nicht vertreiben!

Die Wiese in Berlin-Reinickendorf - seit langem Treffpunkt von Jugendlichen und eine grüne Oase zwischen Beton. Doch für den Bezirk unbrauchbares Stück Land, das kein Geld einbringt. Darum wurde sie verkauft, somit privatisiert und den Profitinteressen der jetzigen Eigentümer ausgesetzt. Was nun passiert, wissen wir nicht.

Die Wiese gehört allen, und wir werden für unsere Freiräume kämpfen.

Überall. Auch Jugendrichtungen werden geschlossen, drei waren es letztes Jahr in Reinickendorf. Wir dürfen das nicht mit uns machen lassen!

Darum bauen wir selber Jugendzentren auf, selbstverwaltet, bunt und alternativ. Wir haben unseren eigenen Kopf zum Denken! Diese Jugendpolitik ist nicht unsere Politik, und wir werden diese Welt machen, wie sie uns gefällt!

Kontakt chAoskinder: villakunterbunt@freakmail.de

LAUT BUNT VERRÜCKT

3. Rockkonzert Reinickendorfer Bands auf der Insel im Tegeler Hafen

Sonnabend, 28. Juni 2003, 17.00- 22.00 Uhr

Mit dabei: Gargllkarg, Kaputtnix, Die Phils, Osaja, Prohibited, Ravioli und Bier und: Neues Glas aus alten Scherben mit ihrer Palette rebellischer Melodien aus dem Ton Steine Scherben/ Rio Reiser- Repertoire sowie brandneuen Titeln



Es laden ein:

chAoskinder
PDS Reinickendorf

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22,
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten: Mo - Fr
15.00 bis 18.00 Uhr

Tel.: 4373 2630, Fax:
4373 2632,

e-mail: info@pds-
reinickendorf.de

internet: www.pds-
reinickendorf.de

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht:
PDS
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 200 00,
Kontonummer:
4384 816812.